

Steuererhöhungen plus Eurobonds: Rot-Grün bittet zur Kasse

SPD und Grüne wollen den Bürgern in Deutschland gleich zweimal in die Tasche greifen: In Europa durch die Einführung von Eurobonds und in Deutschland durch Steuererhöhungen. Besonders betroffen: Familien und der Mittelstand.

In Deutschland: Steuern rauf

- SPD und Grüne wollen den Spitzensteuersatz erhöhen: auf 49 Prozent (SPD) oder mindestens 45 Prozent (Grüne). Die Parteilinke der Grünen um Jürgen Trittin will sogar 49 Prozent ab einem Einkommen von 68.000 Euro. Nicht nur viele Arbeitnehmer wären davon betroffen, auch kleinere und mittlere Unternehmen zahlen als Personengesellschaften den Spitzensteuersatz. Auf sie kämen Milliardenbelastungen zu.
- Die SPD will die Vermögensteuer wieder einführen. Die Grünen entweder Vermögensteuer oder eine einmalige Vermögensabgabe. 100 Milliarden Euro sollen Bürger und Mittelstand für letztere bezahlen.
- Die Erbschaftsteuer will Rot-Grün erhöhen. Die Grünen wollen die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer sogar verdoppeln.
- Das Ehegattensplitting wollen SPD und Grüne abschaffen. Das würde Familien massiv belasten.

In Europa: Schulden anderer Länder zahlen

- Rot-Grün fordert die Einführung von Eurobonds. Dabei müssten deutsche Steuerzahler nicht nur die höheren Zinsen für diese Anleihen bezahlen sondern auch für Schulden anderer Länder haften.

Steuererhöhungen und Eurobonds sind ein politischer Doppelfehler von SPD und Grünen. Die CDU will Ausgaben senken und eine Schuldenbremse für alle Euro-Staaten. Europäische Solidarität setzt eigene konsequente Anstrengungen und striktes Sparen voraus.

Die Mitte.

CDU